

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für sechs Monate 3,- M., bei halbjährlicher Zahlung 1,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Jahresheft des "Freiheit" (Doppelheft) über den Raum 120 M., Wertangelegenheiten des Jahresheftes Wert 20 M., jedes weitere Heft 25 M. Leihungsvertrag 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten 10 M. der Zuschlag fest. Inrenten für den demnächst folgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Verantwortlicher: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Amt Norden 3605 und 3606.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verständigung im oberschlesischen Bergbau?

Bermittlungsversuch im oberschlesischen Bergarbeiterstreik.

Rattowik, 13. August.

Die Verhändlung des Staatskommissars meldet: Dienstagabend fand in Rattowik auf Einladung und unter Vorsitz des Vertreters des Staatskommissars in Sachen des neuen Bergarbeiterstreiks eine Verhandlung statt, an der teilnahmen: Gewerkschaftsführer, Vertreter des Arbeitgeberverbandes und Obleute der Streikenden. Gegenstand der Verhandlung waren die Streitforderungen der Obleute. Nach längerer Verhandlung wurde seitens des Vertreters des Staatskommissars folgender Vermittlungsvorschlag gemacht:

Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten sich bereit für folgende Forderungen einzutreten und deren Verwirklichung herbeizuführen:

1. Wiedereinstellung der Arbeiter gemäß den Bestimmungen.
 2. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe.
 3. Milderung des Belagerungszustandes, damit Konzentren und Versammlungen wirtschaftlicher Art unangewandelt und unbehindert abgehalten werden können.
 4. Mit dem Beitritt des polnischen Kontraktverbandes in die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter erklären sich die Organisationsleiter einverstanden.
 5. Die Verbände verspricht für die Haftentlassung etwaiger verhafteter politischer Führer, die sich eines Verbrechens nicht schuldig gemacht haben, einzutreten. Wegen politischer Führer, die sich eines Verbrechens nicht schuldig gemacht haben, begehren keine Haftbefehle.
- Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen diese Vorschläge an. Die Obleute der Streikenden erklärten, mit diesen Vorschlägen an ihre Belegschaften heranzutreten und die Annahme empfehlen zu wollen.

Der Baubeamtenstreik in Hamburg.

Hamburg, 12. August.

Zu dem Baubeamtenstreik wird von der Zentralleitung mitgeteilt, daß auch der heutige Tag eine Sitzung der Lage nicht gebracht habe. Nachmittags waren Vertreter der Streikleitung zum Demobilisationskommissar geladen. Die Verhandlungen hatten jedoch nur informativen Charakter. Auch in Chemnitz und Dresden spielt sich die Lage zu. Die Berliner Baubeamten werden morgen in zwei Versammlungen zum Hamburgeter Anschluß und der Haltung der Berliner Baubeamten Stellung nehmen.

No. der Unterzeichnung des österreichischen Friedensabkommens.

Saan, 12. August.

Holländisch Neuwiederschou meldet aus Paris: Der österreichische Staatskanzler Dr. Renner traf in Paris ein, mit dem wurde in St. Germain eine Beratung abgehalten, bei welcher auch Koch anwesend war. Man erwartet, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 18. August stattfindet.

Republikanische Kundgebung in Oesterreich.

Wien, 12. August.

In einer Besprechung der für morgen geplanten Kundgebung der Körperschaften des öffentlichen Sicherheitsdienstes für die Republik führt das "Neue Wiener Abendblatt" aus, diesmal werde sich die ganze Öffentlichkeit mit der Kundgebung unerschütterlicher republikanischer Überzeugung einverstanden erklären und daran teilnehmen. Es gelte angesichts der Veruche monarchischer Restauration in Ungarn vor der ganzen Welt zu zeigen, daß die deutsche-österreichische Volk sich vom alten Oesterreich für immer abgewandt habe. Oesterreich sei als Republik in die Reihe der Staaten getreten und werde Republik bleiben.

Generalstreik der belgischen Staatsangestellten.

H. N. Dams, 13. August.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der Nationalkongress der Angestellten der belgischen Eisenbahnen, der Post, des Telegraphen- und Telephonwesens hat beschlossen, in den allgemeinen Streik zu treten.

Der Streikbesatz wurde mit 72.000 gegen 4000 Soldaten gesetzt. Falls die letzten Versuche der Regierung, zu einer Einigung zu kommen, scheitern, wird der Streik am 17. August um Mitternacht beginnen. Die Angehörigen, die bei der Versorgung des Heeres und der Bevölkerung mit Lebensmitteln gebraucht werden, sollen nicht mitstreifen.

Die Rückbeförderung der allierten Truppen aus Sibirien.

Paris, 13. August. (Reuters.)

Der oberste Rat hat seine Einwilligung dazu erteilt, daß Großbritannien, Frankreich und Amerika gemeinsam die Rückbeförderung der Truppen aus Sibirien bewerkstelligen. Soll es nicht gelingen, will man das Ersuchen zu unterbreiten, daß Amerika für die zu diesem Zweck notwendige Lonnage Sorge.

Die Konterrevolution in Ungarn.

Abkündigung der Gegenrevolutionäre.

Wien, 12. August.

Wie die Blätter melden, wird von kompetenter Stelle erklärt, daß von französischer Seite kein wie immer gearteter Schritt gemacht wurde oder gemacht werden wird zur Wiederaufrichtung der Monarchie in Ungarn oder Oesterreich. Die demokratische Regierung der französischen Republik erachte es als eine ihrer ersten Pflichten, sich weder direkt noch indirekt in irgendwelche innerpolitische Fragen oder Regierungsformen anderer Staaten zu mengen.

Wien, 12. August.

Den Abendblättern zufolge wird in hiesigen unterrichteten Kreisen erklärt die Meldung, wonach die Entente bei der deutsch-österreichischen Regierung einen Schritt unternommen und diese für die Person Bela Kuns und seiner Genossen verantwortlich gemacht habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Entente habe einen derartigen Schritt in Wien nicht unternommen.

Stadtschleife gegen die Mitglieder der Räteregierung.

Kubysch, 13. August

Die Kubyscher Staatsanwaltschaft hat gegen Bela Kun und Genossen ein Strafverfahren wegen des Verbrechens der Aufreizung zum Verbrechen des Nordes und der Geldfälschung sowie anderer strafbaren Handlungen eingeleitet und einen Stadtschleife gegen sie erteilt.

Noch ein Thronprätendent.

Wien, 12. August.

Georg Fürst Karl verlangte in einer Unterredung mit dem Vertreter des "Matin" in Helsinki sofortige Unterstützung der antobolschewistischen Armee; das Land sei am Ende seiner Kraft.

Die fürstliche Schiebergeschichte.

M. T. O. verbreitet folgende Nachricht:

Aus Stockholm wird gemeldet, daß Jollani habe aus Kriag der Ueberführung von deutschen Verhafteten nach Schweden durch ein Flugzeug dem Svenska Telegram Bureau mitgeteilt, daß die Verhafteten, wenn es sich bestätigen sollte, daß Wareschmuggel vorliegt, beschlagnahmt und die betreffenden Personen zu Haftstrafen verurteilt werden würden. Wie die Angelegenheit jetzt stehe, habe man keinen Grund, die Erklärung der Verhafteten in Schweden ein Einverständnis bezahlt werden müsse. Die Pässe der beiden Deutschen waren vollkommen in Ordnung. Die Pässe der beiden Deutschen waren vollkommen in Ordnung. Der eine lautete auf den Namen Grafin Anna Solms-Wildenfels in Sachsen und der zweite auf den Namen Ingenieur Dr. Karl von Stochhausen aus Woldenburg in Sachsen.

Durch diese Meldung, deren eigentliche Quelle nicht angegeben wird, und die rechtlich dunkel erscheint, soll ganz offenbar der eigentliche Kernpunkt der ganzen Angelegenheit verschoben werden. Für uns kommt es nicht darauf an, ob die fürstlichen Schieber sich gegen ein schwedisches Gesetz vergrämen haben, sondern allein darauf, daß sie ihre Millionen aus Deutschland herauszubringen und das deutsche Volk um die Steuer zu betrogen suchen. Von diesen unaufrichtigen Taten sucht man durch solche Nachrichten wie die obige, die Leichtigkeit abzulenkeln.

Auch eine Schicksalsgemeinschaft.

Wenn man die Redensarten liest, mit denen Herr Erberger keine Ausführungen über die kommenden Steuern in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung begleitet hat, so lautet man über ihre Oberflächlichkeit. Das Volk hat noch nicht genug von der Schicksalsgemeinschaft, in die es von den Kriegstreibern gefasst worden ist; nun wird ihm schon wieder erzählt, daß es für die Deckung der Kriegskosten eine Schicksalsgemeinschaft bilden müsse. Die neuen Steuern sollen eine Wohltat für das deutsche Volk werden, und insbesondere das Reichsnotopfer will Herr Erberger zum Sünderopfer für den mammonistischen Geist machen, der weite Kreise des Volkes erfaßt habe.

Insgesamt sind 25 Milliarden Steuern aufzubringen. Bisher sind aber durch die Erbschaftsteuer und durch das Holzmonopol erst für 8 Milliarden Deckung da. 17 Milliarden sind also durch andere Steuern aufzubringen, dazu kommt die Beseitigung der schwebenden Schulden im Betrag von 76 Milliarden, für die das Reich dem Privatkapital verpflichtet ist, ohne daß bisher eine etatmäßig garantierte Deckung vorhanden war. Eine neue Anleihe soll diese schwebende Schuld beseitigen, was wiederum zu einer Erhöhung des Zinsbedarfs, zu einer Vermehrung des Steuerfolls führen muß. Mit den 25 Milliarden neuer Steuern dürfte es also noch nicht sein Bewenden haben. Erberger hat davon, daß Erberger sich verheißt auszuweichen, wie er sich die Leistung der Kriegsschuld an die Entente und die Aufbringung der Kosten für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens vorstellt.

Erbergers Steuerwerk ist nur eine weitere Ausarbeitung dessen, womit seine Vorgänger Schiffer und Vernburg begonnen haben. Diese Namen charakterisieren das Steuerprogramm der Regierung. Es ist in ihm viel von Berechtigung die Rede, in Wirklichkeit jedoch bietet dieses Steuerprogramm ein Bild höchster Ungerechtigkeit. Es hieß auch von irgendeinem bürgerlichen Finanzminister zuviel verlangen, daß er keine Steuerpläne anders als nach kapitalistischen Gesichtspunkten aufstellen solle. Die Gerechtigkeit, von der Erbergers Steuerwerk erfüllt sein soll, erschöpft sich denn auch darin, daß er ganz nach den alten Methoden den bestehenden Klassen nur das unbedingt notwendige bei der Aufbringung der Steuerlasten zumutet, den verhältnismäßig arbeits Teil der Steuerlast aber den nichtarbeitenden, den minderbemittelten, ja, sogar den ganz besitzlosen Volksteilen aufwälzen will.

Dah daß was die bestehenden Kreise jetzt an direkten Steuern und Abgaben aufbringen sollen, wesentlich mehr ist, als man es früher gewohnt war, beweist noch nichts dagegen, daß es nur das unbedingt notwendige darstellt. Herr Erberger hat selbst ausgesprochen, daß das "Betriebskapital" nicht so hart gelähmt werden dürfe, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft zum Unmöglichkeit werde. Das ist nur eine Verharmlosung der Tatsache, daß das "Betriebskapital" wahrheitlich überhaubt nicht zu leiden haben wird. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers gipfeln ja auch in der Ankündigung, daß das Wirtschaftsleben durch die neuen Steuern wieder belebt werden, daß wir ein neues starkes deutsches Reich bekommen sollen. Das bedeutet aber, vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, daß die Kapitalwirtschaft aufgetrickelt, daß dem deutschen Kapital neue Profitmöglichkeiten erschlossen werden sollen, kurzum, daß das Kapital von den neuen Steuerlasten nicht viel zu befürchten haben wird. Sehen wir uns doch einmal das Schicksal des Steuerwerks an, das Reichsnotopfer, das "Sünderopfer" für den mammonistischen Geist. Dem oberflächlichen Volkswort erscheint es als eine gewaltige Belastung des Kapitals. In Wirklichkeit aber stellt es dadurch, daß die Abgabe auf dreißig Jahre verteilt wird, nur eine in möglichen Grenzen geduldeten Ergänzung zur Einkommensteuer dar.

Die Reichseinkommensteuer, die wir jetzt bekommen sollen, könnte ein Bild anerkennende soziale Gerechtigkeit werden, wenn sie nach sozialdemokratischen Grundsätzen gestaltet werden würde. Die unteren Einkommen müßten bis zu einer Grenze freibleiben, die weit über der Lage, die vor dem Kriege dafür in Betracht kam. Selbst in anderen kapitalistischen Staaten lag die steuerfreie Einkommensgrenze schon vor dem Kriege weit höher als in Deutschland; so etwa England mit einem Einkommen

Von 3200 Mk. als eine direkte Steuer. Es ist befremdend für das neue Deutschland, daß nach den bisherigen Anführungen noch nicht einmal diese Grenze hinsichtlich bei uns als steuerfrei gelten soll, sondern daß man noch weiter hinuntergehen will, trotzdem legt erst bei einem Einkommen von weit über 3200 Mark von einer Fähigkeit zur Steuerzahlung überhaupt gesprochen werden kann. Auf der anderen Seite aber vermissen wir die wirklich scharfe Erfassung der großen Einkommen, die Staffelung der Steuerlast nach oben hin in einer Weise, daß sie zu einer Konzentration des überwiegenden Teiles der großen Einkommen führt. Solange diese beiden Bedingungen nicht erfüllt sind: Freilassung derjenigen Einkommen von der Einkommensteuer, die ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht gewährleisten, und allerhöchste Erfassung der höheren und höchsten Einkommen, so kann von einer steuerlichen Gerechtigkeit nicht geredet werden.

Hat Eraberger sehr viel über das Sühnopfer geredet, so ist er dagegen mit einigen Wägen über die alte Umsatzsteuer hinweggegangen. Er wiederholte die alte Klage, daß bei der Deckung der vielen Milliarden auch die indirekten Steuern nicht fehlen dürften. Allein das eine, daß das Steuerprogramm der Regierung wiederum indirekte Steuern enthält, und zwar in einem Ausmaß, das alles bisher Gewohnte, auch rein verhältnismäßig gesehen, weit übersteigt, kennzeichnet es als volks- und arbeiterfeindlich. Das Schlimmste aber, was der minderbemittelten Bevölkerung zuzumuten ist, was die Umsatzsteuer. Bei den früheren indirekten Steuern hat die Regierung noch so viel Scham bezeugt, daß sie indirekte Abgaben auf die wichtigsten Lebensmittel nur in Form von Zöllen erhob unter dem Vorwand, dadurch die Produktivität der Landwirtschaft zu heben. Selbst diese Scham läßt die zentralistisch-sozialistische Regierung jetzt beiseite. Die Umsatzsteuer soll nichts verschonen; was künstlich und immer gekaut werden wird, alles soll mit einer außerordentlich hohen Abgabe belegt werden. Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß diese Abgabe nicht der Produzent oder der Händler tragen wird, sondern daß sie der Konsument übernehmen muß. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es dabei nicht nur bei der reinen Abgabe bleibt, sondern daß sie nach oben abgerundet wird und der Mehrertrag dann in die Taschen der Produzenten und der Händler abfließt. Selbst wenn alle anderen Steuerarten dem Ideale der steuerlichen Gerechtigkeit nahekommen würden, so ist schon allein diese Umsatzsteuer durch die von ihr herbeigeführte starke Preissteigerung eine solche Ungeheuerlichkeit, daß das ganze Steuerwerk in ein verheerendes Atomat auf die hilflose und die minderbemittelte Bevölkerung ansetzt.

Wie tief muß Herr Eraberger die Nationalversammlung doch einschlagen, daß er ihr den folgenden Satz zu bieten wagt: „Auch die Lebensmittel haben nicht verkauft werden können.“ Weil also der Verbrauch von Lebensmitteln nicht eingeschränkt werden kann, ist es nach der Eraberger'schen Steuertheorie notwendig, ihn mit hohen Abgaben heranzuziehen.

Es sollen aber nicht nur neue Einnahmen geschaffen werden, sondern die Regierung will auch sparsamer wirtschaften. Dieser Ankündigung wird man mit Skepsis begegnen dürfen. Solange noch Milliarden für die Aufrechterhaltung des neuen Militarismus ausgegeben werden, so lange ist diese Ankündigung der sparsamen Wirtschaft ein Humbug. Wir haben kürzlich nachgewiesen, welche riesigen Summen tagaus, tagein trotz der ungeheuren Verschuldung des Reiches für die Postbezirke ausgegeben werden. Die Regierung hat aber bisher gar nicht daran gedacht, hier bei der Sparbarkeit zu beginnen, ja, sie hat vor einigen Tagen noch angekündigt, sie werde bei der Entente vorstellig werden, daß sie ihr die Aufrechterhaltung eines größeren Heeresbestandes als im Friedensvertrag vorgelesen ist, gnädigst gestatten möge.

Herr Eraberger hat auch einiges über die Einkünfte des Reiches gesagt. Es wäre dringender notwendig, daß der Finanzminister des Reiches sich einige andere volkswirtschaftliche Kenntnisse aneignen würde. Durch die neuen indirekten Steuern — insbesondere die

Umsatzsteuer — aber auch die Erhöhung der Postabgaben und die von den Eisenbahnerverwaltungen angeforderte Verteuerung der Verkehrsmittel wirken wie indirekte Steuern — wird aber nur eine neue Erhöhung der Preise erzielt und eine Verunreinigung in die Preisgestaltung hineingetragen, die die Arbeiterklasse aufs neue zwingen, Kämpfe um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu führen.

Wie man auch das Steuerwerk dieser Regierung betrachtet, es stellt sich als eine Stümpererei, wenn auch in riesenhaften Ausmaßen, dar, und es ist kennzeichnend für die aus Rechtssozialisten bestehende Mehrheit der Regierung, daß sie sich mit ihr einverstanden erklärt. Sie haben nicht die Spur einer Erinnerung an das Programm ihrer Partei, das die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle fordert. Sie fördern die Schaffung neuer indirekter Steuern, sie untergraben das kapitalistische Bürgertum in dem Bestreben, die Kosten des Krieges von sich abzuwälzen. Das neue Steuerprogramm der Regierung ist ganz der arbeiterfeindlichen Politik angepaßt, die wir von den Rechtssozialisten gewohnt sind, und wenn auch hier und da einer ihrer Redner eine Rippe gegen die bürgerlichen Parteien rückt, so kann sie das nicht von ihrer Wirkkraft freikreieren. Sie tragen die Hauptverantwortung dafür, daß wir in Deutschland auch in der Aufbringung der Steuerlasten weiter denn je von der Erfüllung der sozialdemokratischen Programmforderungen entfernt sind.

Der Kampf um den politischen Streit in England.

Der kommende englische Gewerkschaftskongress soll die Frage entscheiden, ob die englischen Gewerkschaften den Streit auch als politische Waffe anwenden wollen. Gegenwärtig beschäftigen sich die einzelnen Gewerkschaften mit dieser Frage, es finden Beratungen und Urabstimmungen darüber statt. Ueber ihr Ergebnis liegen folgende Meldungen vor, bei deren Beurteilung sowohl zu beachten ist, daß es sich um Meldungen bürgerlicher Korrespondenzbüros handelt, als auch daß die Meldungen noch kein endgültiges Urteil über den Ausfall der Abstimmung gestatten.

Das Pressebüro Radio meldet, daß die Bergarbeiter von Lancashire auf einer Sonderkonferenz mit Arbeitnehmern der Wahrheit beschloßen haben, gegen die direkte Aktion, d. h. gegen politische Streiks zu stimmen.

Der „Königliche Notterdamsche Courant“ meldet aus London, daß die ersten Ergebnisse der unter dem Mitgliedschaft der Arbeiter-Dreibundes über die Frage der direkten Aktion vorgenommenen Abstimmung eine große Mehrheit gegen die direkte Aktion ergeben habe, dies ist von umgekehrter Bedeutung, als die bisher gegen die direkte Aktion abgegebenen Stimmen von den Bergarbeitern herrühren. Man ist der Ansicht, daß die Haltung der Eisenbahnarbeiter durch den Übersturz ihres Führers Thomas gegen die direkte Aktion sehr beeinflusst werden wird.

Holländisch Newsbureau meldet aus London: Der Führer der Eisenbahnarbeiter Thomas und der Führer der Minenarbeiter Carter haben entschieden gegen ein direktes Verfahren und gegen den politischen Streit Stellung genommen. Auch die Minenarbeiter in Lancashire und Cheshire haben sich mit großer Mehrheit gegen einen politischen Streit ausgesprochen.

Die Völkerverfassung vor dem amerikanischen Senat.

Holländisch Newsbureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hat in Beantwortung einiger Anfragen des Senats den amerikanischen Vorentwurf des Völkervertrages dem Senat vorgelegt. Hieraus ergibt sich, daß Artikel 10 des amerikanischen Vorentwurfs, sowie die Bestimmungen über die Freiheit der Meere und die Vorangraben bezüglich der Militärpflicht in Amerika ebenfalls in dem amerikanischen Vorentwurf enthalten waren und mit den Bestimmungen des angenommenen Vertrages übereinstimmen. Der amerikanische Entwurf enthält aber keinerlei Anspielungen auf die Monroelehre und über einen etwaigen Austritt Amerikas aus dem Völkerbund.

Wir lassen uns als Fremdenwädchen eintragen, oder nehmen die Werbung „als Landarbeiterinnen bis Beendigung der Genie, unter besten Bedingungen“ an. Wir wollten das letztere. Was wir aber hier gefunden haben, übersteigt unsere kühnsten Erwartungen.“ Zur Illustration dieser Behauptung führte sie mich in ihre Wohnung. Ueber den Hof des Hofwerks, dreißig bis zur Gemütslosigkeit, an einem mächtigen Stenogramm vorbei, ging's auf ein langgestrecktes Gebäude zu, aus dessen Fenstern Sägewerkzeugen, Hackschneidern und der pelzige Gestank verorteter Kartoffeln auf mich eindrangen. Ein steiles Treppchen nun neben dem Schweinestall hinauf auf den Boden. Es zog mächtig durch die zerbrochenen Türen und Fingerbreiten Ritzen in einem Brettergerüst reicher Hand befeuchtet mich, wo wir landen würden.

Zufällig: Hier war die Verfassung von 1870 bürgerlich. Aber: Allerdings, wenn man ein großes Antwerpener Hotel in Erinnerung hat, dann war der Hofraum ein fächerförmiger. In dem Hofe saßen sich die Mädchen, — es war Sonntag nachmittags — durcheinander. Auch hier das Hieseloch unverschämte, auch hier dauernd halbdunkel und schwarzer Aufzug. Holzbocke waren unterhalb aufgestellt, Bretter lagen darauf, Strohsack neben Strohsack, ohne Deckel, rauhe Flechtbündel ohne Heberzüge und meine Freundin befeucht mich, daß eine Decke für zwei Mädchen berechnete ist. Die andere Hälfte des „Gewandtes“ nahm ein Tisch nicht dank ein. Das private Bad und Bad der Mädchen hing an Galen rumpfen. Das — eines „August“ gegenüber hätte ich fast vergessen, ein Holzbocke war ja auch noch vorhanden — zurecht hielt ich es für die Suppenküche, woher Geruch — und ein Handtuch. Darin saßen sich die Mädchen zu waschen, wer will denn auch die erste sein, die um 14 Uhr aufsteht, damit die letzte um 16 Uhr hinüber zur Arbeit antreten kann. Und man will ich wieder meine Freundin in den Händen lassen: Der Lohn ist hoch, 2,75 M. für den Tag bei feiner Verpflegung, wir schlafen alles nach Hause was wir können, für den Winter, da behalten sie uns ununterbrochen doch hier, aber wenn eine nicht arbeiten kann oder will, obgleich Geld kein und kein gegeben zu haben, muß es 3 M. Strafe zahlen. Wir waschen uns alles Jung hier kaputt und die Händlerin verlangt für ein Hund 16 M. Ich bin mit einem großen hölzernen Eimer besetzt gekommen, aber ich habe den Hoffer jetzt verkauft, weil ich doch nicht mehr hineingehen habe, es ist mir unmöglich, wenn Mädchen zu schlafen, die ein Hund wochenlang beobachtet, weil sie kein anderes haben. Ich habe ausgehoben, wo ich konnte.“

Der Präsident sagte hinzu, daß er den Bericht des Generals nicht vorlegen konnte, da der Brief verächtlich mitteilte, an die Regierung enthalte, deren Verantwortlichkeit Schwierigkeiten herbeiführen könnte. In dem Brief, der im Verhandlung mit Lansing und White abgefaßt ist, wird Stellung gegen die Regelung der Schantungfrage genommen. Er enthält aber keine Erwähnung eines Protes gegen die Abmachungen und hatte lediglich den Zweck, dem Präsidenten einen Bericht für seine Entscheidungen zu geben. Wilson sagte hinzu, daß er glücklicherweise weder ein Memorandum noch irgend ein Dokument besäße, das die angeblichen Versuche Japans, mit den chinesischen Delegierten eine Verständigung herbeizuführen, bestätige. Weiter erklärte er, daß er zwar Berichte bekommen habe über ein Abkommen, das noch während des Krieges zwischen Deutschland und Japan geplant war, daß er aber niemals tatsächliche Beweise für diese Berichte erhalten habe.

In einem zweiten Brief an Senator Lodge bedauert er, daß Material, das die amerikanische Mission bei der Festlegung des Vorentwurfs benutzt hat, nicht vorlegen zu können, da geographische Berichte nicht vorliegen, und daß für diesen Zweck auch das gesamte Material aus Europa herbeigeschafft werden müßte, um daraus eine Auswahl zu treffen. Im Augenblick sei dies unmöglich, um so mehr, als in diesen Dokumenten viele Notizen und andere vorkommen, das nicht für die Öffentlichkeit geschrieben sei.

Das deutsche Bureau meldet aus Washington, daß der Führer der Mehrheit und Vorsitzende des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten, Senator Lodge, im Senat in einer langen Rede den Völkervertrag einmündlich entzweit. Er bezeichnet ihn als einen Versuch, die Völkerverfassung zu zerstören, besonders was die Artikel 10 und 15 anbelangt, und wird, bevor er resigniert wird.

Für die Arbeit zu schade...

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Vor einigen Tagen brachte die demokratische „D. Z.“ die augenfeindliche Mitteilung, daß unsere braven Reichsmehrleute, die infolge des Friedensvertrages entlassen werden müssen, zur Arbeit in den Bergwerken untergebracht werden sollen, um die Kohlenförderung zu heben. Das hat gerade mich gefreut! Wirklich ganz ausgezeichnet! Die Bergarbeiter dürfen dem ganzen deutschen Volk auf der Brust herumtragen. Sie können frohen, belibig hohe Löhne fordern, ihnen wird kein Haar gekrümmt und wenn das ganze deutsche Volk dabei zugrunde gehen sollte. Wohl werden wir soweit sein, daß der Zuckerleber so gut wie eingestrichelt wird, daß die Arbeiter mittelgute Stoffe, die Fabriken ihre Waren schlichten müssen, und wenn die ersten Herrschaften über das Land wehen, dann wird der Arbeiter, Bauer und Bürger freieren dürfen. Warum die Herren Bergarbeiter vorziehen, zu faulenzeln und zu feiern, wann es ihnen gefällt. Das Konsortium von Männern, das sich heute Regierung nennt, weiß sich aber zu helfen. Es ist ja noch Leute, die beweisen haben, daß sie Willkürgefühl im Volk haben, gebrochen können und sich einleihen für ihr Volk, wenn an das Pflichtengefühl der Offiziere zu appellieren pflegt, wenn man sich nicht mehr zu helfen weiß, so erwarbt man sehr bald die braunen Soldaten Kosteln haben, damit die Herren Arbeiter mehr Zeit haben zum Wollfeiern. Ein genialer Gedanke! Daß die „braven Reichsmehrleute“ zu schade für die Arbeit sind, ist in der Tat ein genialer Gedanke. Sehen wir sie doch auf Lebenszeit in den Ruhestand, damit die „Deutsche Zeitung“ zufriedengeföhrt wird.

Bevorstehende Räumung Schillens. Das deutsche Kommando will schon vor dem Eintreffen des Beschlusses des Völkervertrages zu räumen, seinerseits diesen Beschl. erteilt. Jedenfalls wird die Räumung in nächster Zeit stattfinden.

Nahrungsmittellieferungen zu Deutsch-Oesterreich. Das London wird gemeldet: Am Unterhause teilte Finanzminister Chamberlain mit, daß die englische, französische und italienische Regierung für die Nahrungsmittel und deren Materialien, die sie an Deutsch-Oesterreich liefern und deren Wert etwa 2 Millionen Pfund Sterling beträgt, alles Gold, ausländische Wertpapiere, Edelmetalle und die öffentlichen Betriebe der österreichischen Großstädte einschließlich Wien als Unterpfand erhalten haben.

„Und was werdet ihr im Winter machen?“ frag ich. „Ich werde nicht doch noch die Arbeit der Prostituierten bereichern, wenn ich den letzten Notanker. Ein mitleidiges Lächeln über meine Unwissenheit. Wir haben uns bis zur Beendigung der Genie verpflichtet müssen, haben keine Rückwehr, jeder Genarm bringt uns zurück.“ Da hüte ich auf, auf Vorkerbung zu fassen.

Wie im Traum hörte ich noch die Klagen über den Inspektor über den Österreich-Bericht der Reizeitliche. Aber hier soll heftig geworden Freundin, die, von Inspektor so prägnant, eine Zeitlang jede Nahrung verweigerte, aber nun „hoch ganz selten noch weint“, aber, bei Verlust von 8 Stück täglich, freit. Ich ging. Andern Tags erzählte man mir, daß der Inspektor, ein Auf-Melamierter und Reservoffizier, in der Inspektion, ein Zustand bei den Mädchen auftrat, trotzdem doch der Vorarbeiter die „Tude“ jeden Abend aufstellte. Andern Tags freitlich hatte der Herr Inspektor jede Antilich vergessen. Seine Kommandobillime ging jedem durch Markt und Bein und auch die unvermeidliche Reizeitliche soll betrüblich geachtet haben. Und trotzdem, und leider, durch all mein Weh, daß ich leib die Freude, morgen kannst du künftigen, am ersten bis du frei zu geben, wo der Wind hin weht, frei sind.

O Deutschland, dein „Ruhm“ liegt durch alle Sünde! Die Delegierten werden ihn erneut herbeizutreiben! Dein Mädchen, die den Sommer 1917 in demselben Gatten verbrachten. Wenn ich meine Erinnerungen nachträglich durchlese, frage ich mich: warum läßt man nicht den Gutsbesitzer und den Inspektor, die jetzt schon belibigen Bande wieder auszubauen? Warum soll denn das mein Bruder sein? Gertrud Zinke.

Was man in der Deutschen Nationalversammlung nicht hört

Wir wollen in unserm Land den Sozialismus durch die Arbeit die Ehre durch die Ehrlichkeit, die Geduld durch Grundstücke, die Wohlwollendigkeit durch Pflicht, die Tyrannie der Mode durch die Herrschaft der Vernunft. Die Achtung des Anglids durch die Betrachtung des Vapors, die Annäherung durch den Streit, die Liebe sei durch Verleumdung, die Liebe des Geldes durch die Liebe zum Ruhm, die gute Gesellschaft durch gute Leute, die Feindschaft durch

Deutsche Kulturbilder aus der Kriegszeit.

Trotz aller „Entstellungen“ kennt das deutsche Volk noch immer nicht auch nur einen kleinen Teil der entsetzlichen Qualitäten und Gewalttätigkeiten, denen sich der deutsche Imperialismus während des Krieges bedient hat, und die uns den Hof der, ganzen Kulturwelt zugezogen haben. Einmal der trüblichen Kapitel dieser Kriegsgeschichte ist die Deportation der belgischen Bevölkerung, ihre Vergewaltigung zu völkerverderblicher Arbeit und ihre unmensliche Behandlung durch die deutschen Besatzen. Die folgenden Schilderungen zweier Augenzeugen geben keine Ausschüttel aus dem „Leben“ dieser unglücklichen Deportierten; die eine zeigt die Behandlung auf einem Gute in der Nähe von Brüssel, die andere in einem deutschen Gefangenenlager in der Provinz Gelsen-Rassau.

I.

Auf einem Gute.

Als ich die weißen Skabininnen das erste Mal sah, hand ich wasserfroh angetan, im stürmenden Regen am Wege und leh sie an mir vorbeiziehen. Fast schämte ich mich meiner Wasserplättigkeit vor diesen Geschöpfen, die müde und schmutzig, in zerrissenen Kleidern — die immer noch seltsam elegant und modern von denen der Einheimischen abhoben — vorbeischielen. Sie besaßen sich trotz des Regens nicht im geringsten, unter Hoch und Hoch zu kommen, — ja, als sie ihnen alles gleichgültig. Die kleinen Kästchen befeuchten mich noch am selben Abend, daß diese Belgierinnen, die sich der Herr Gutsbesitzer von der Militärbehörde zur Landarbeit verschleudert hatte, „sautes, braunes Bad seien“, Händchenwäschen, umgewandelt „in Sodenmilch auszuwaschen“, mit einem West, verlaufenes Pigmentstoff. Die Verurteilung erfolgte allseitig und befeuchte mich, daß Protestantentum des Österrichts bauern, — die ja bekanntlich die größten Kartoffeln haben — unbekannt sei.

Trotz alledem, ich habe die Bekanntschaft der Belgierinnen gemacht, und nun will ich meine Freundin selbst erzählen lassen. „Wir sind alle aus Antwerpen und Arras, und sind durch die Befehung trocken geworden. Ich bin Zimmermädchen in einem Hotel gewesen und spreche außer flämisch: deutsch, englisch und etwas französisch. Es blieb und ja wollte keine Wahl, entweder

